

# Südbaden 4.0

*Die Weichen für eine digitale Region heute richtig stellen.*

*Leitantrag der Projektgruppe Digitalisierung für die  
Regionalkonferenz am 9. Juli 2016 im Gewerbepark  
Breisgau in Eschbach*



**Südbaden 2030**

*Unser Politikprogramm für  
ein modernes Südbaden*

**JU**

JUNGE UNION  
SÜDBADEN

## 2 **Südbaden 4.0 – Die Weichen für eine digitale Region richtig stellen**

3 Erarbeitet von: Andreas Schmidt, Markus Schmidt, Naemi Rieß, Michael Sernatinger, Marvin Wolf

4

### 5 **Vorwort**

6 Die Digitalisierung stellt die bisher größte Veränderung im 21. Jahrhundert dar. Es werden  
7 völlig neue Möglichkeiten geschaffen, jede Branche und jeder Politikbereich wird durch die  
8 Digitalisierung verändert und ganz neue Wirtschaftszweige entstehen. Doch die  
9 Digitalisierung schafft auch neue Herausforderungen und Probleme. Ein völlig neuer  
10 Regelungsbedarf entsteht in den neuen Branchen, besonders die Rechtslage in der  
11 digitalen Welt ist oft unklar, der Netzausbau und die digitale Infrastruktur oft noch  
12 ungenügend. Die Politik steht also vor vielen Chancen und Herausforderungen die  
13 ergriffen und abgearbeitet werden müssen um unser Land erfolgreich und zukunftsfähig  
14 aufzustellen. Nur so können wir effektiv an dieser „Digitalen Revolution“ partizipieren und  
15 profitieren. Die Digitalisierung ist für die Junge Union Südbaden eines der zentralen  
16 Zukunftsprojekte in der Region aber auch in ganz Deutschland.

### 17 **Infrastruktur und Netzausbau**

18 Glasfaserkabel ist für uns die einzige Möglichkeit langfristig mit der Digitalisierung Schritt  
19 zu halten und die nötige Infrastruktur bereit zu stellen. Kupferbasierte Lösungen bieten  
20 keine ausreichende Zukunftsperspektive. Der Einsatz und die Förderung von Vectoring  
21 führen zu einem verlangsamten und teureren Ausbau der Glasfasernetze, dabei ist die  
22 Vectoring-Technik bei der Datenübertragungsraten grundsätzlich beschränkt. Glasfaser ist  
23 in jeder Hinsicht zukunftsfähiger und als Infrastruktur langfristig ausbaufähig sowie als  
24 Rohstoff günstiger im Vergleich zu Kupfer. Wir lehnen die Förderung von Vectoring  
25 deshalb ab. Zur zukunftsfähigen Versorgung aller Haushalte mit schnellem Internet muss  
26 der Glasfaserausbau bis in die jeweiligen Haushalte (FTTB/FTTH) gewährleistet werden,  
27 eine Versorgung lediglich bis zum nächstgelegenen Verteiler wird auf lange Sicht nicht  
28 ausreichen. In schwer zu erschließenden Gebieten können funkbasierte Lösungen eine  
29 Alternative sein. Auch der mobile Standard muss bis 2020 4G/5G sein. Dies bedeutet, eine  
30 ganzheitliche deutschlandweite Netzabdeckung mit diesem Standard.

31 Die geplante Aufstockung für Fördermittel zum Netzausbau und das Bekenntnis des  
32 Koalitionsvertrages zum Vorrang von Glasfaser vor Kupfer, sowie die  
33 Mindestgeschwindigkeit von 50 Mbit/s, begrüßen wir. Dennoch werden Bekenntnisse  
34 alleine nicht ausreichen. Der Freistaat Bayern stellt seinen Kommunen bis 2018 einen  
35 Fördertopf von bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir fordern deshalb, dass auch  
36 Baden-Württemberg einen Fördertopf mit mindestens 500 Millionen Euro bereitstellt und  
37 den Kommunen ermöglicht, diesen bis in das Jahr 2020 in Anspruch zu nehmen.

38 Der Infrastrukturausbau muss, besonders im ländlichen Raum, zeitnah erfolgen. Bereits  
39 heute sind die meisten größeren Städte mit Glasfaser und Verbindungen bis zu 400 Mbit/s  
40 ausgestattet. Im Ländlichen Raum sind oft kaum mehr als 25 Mbit/s verfügbar. Bereits  
41 jetzt kann dies einen enormen strukturellen Nachteil für Bevölkerungs- und

42 Wirtschaftsentwicklung im Ländlichen Raum darstellen. Diese Ungleichheit muss  
43 kurzfristig, also in der laufenden Legislaturperiode, maßgeblich beseitigt werden, damit  
44 der Ländliche Raum nicht langfristig abgehängt wird.

45 Bei Infrastrukturmaßnahmen (Straße, Schiene, Leitungen) verlangen wir eine  
46 Verpflichtung zur Mitverlegung von Glasfaser-Leerrohren. Zudem müssen auch  
47 Neubaugebiete von der Fördermöglichkeit eingeschlossen werden, es kann nicht sein, dass  
48 eine Kommune aufgrund fehlender Glasfaserförderung bei Neubaugebieten auf Kupfer  
49 statt Glasfaser setzen muss. Besonders die kommunalen und interkommunal  
50 abgestimmten Glasfaserprojekte möchten wir weiter fördern, auch wenn ein privater  
51 Glasfaseranbieter bereit steht, muss eine Versorgung einzelner Haushalte auf der Strecke  
52 zu öffentlichen Gebäuden und Unternehmen ermöglicht werden.

53 Wir fordern, dass die Zuschussanträge für den kommunalen Glasfaserausbau wieder in  
54 den Regierungspräsidien bearbeitet werden. Die Zentralisierung in Stuttgart hat die  
55 Bearbeitungsdauer von Anträgen zum Teil verdreifacht. Weiter ist es nicht sinnvoll, wie es  
56 der Koalitionsvertrag fordert, mehr Mitarbeiter in Stuttgart einzustellen und mit diesen  
57 Anträgen zu beschäftigen, wenn diese bisher erfolgreich und schnell in den  
58 Regierungspräsidien bearbeitet wurden und werden können. Hier kann mit einfachen  
59 Mitteln Effizienz gesteigert und Kosten gespart werden.

60 Wir fordern die unbefristete Einrichtung eines Digitalisierungszentrums sowie eines  
61 Zentrums für den Breitbandausbau beim Innenministerium Baden-Württemberg um  
62 Digitalisierungs- und Netzausbauprojekte zu kanalisieren und zu koordinieren. Diese  
63 Zentren dienen als Ansprechpartner für Kommunen, Unternehmen aber auch dem  
64 interessierten Bürger.

## 65 **Land und Verwaltung**

66 In der Vergangenheit wurden Behörden und Verwaltungen besonders bezüglich  
67 mangelnder Transparenz kritisiert. Die Digitalisierung bietet die Chance mit einfachen  
68 Mitteln größtmögliche Transparenz zu schaffen. Wir fordern deshalb, dass die  
69 verschiedenen Landesbehörden und Kommunalverwaltungen einen möglichst offenen  
70 aber auch möglichst einfachen und übersichtlichen Zugang zu öffentlichen Akten,  
71 Protokollen oder Verwaltungskarten bereitstellen.

72 Bereits die meisten großen Unternehmen bieten heutzutage einen Online-Support an.  
73 Hier können im Chat kurz und problemlos einfache Probleme gelöst werden. Wir fordern,  
74 dass auch öffentliche Verwaltungen sich hinsichtlich der Einführung moderner Online-  
75 Support Angeboten offen zeigen und diese weiter ausbauen sollten. Verschiedene  
76 Verwaltungsabläufe müssen komplett digitalisiert werden. Von der Antragstellung über  
77 die Bearbeitung bis hin zur Rückmeldung können verschiedene Verwaltungsabläufe nicht  
78 nur intern, sondern auch im Kontakt mit den Bürgern, digital abgehandelt werden.

79 Die Umstellung der Verwaltungsabläufe, weg von papierbasierten Lösungen hin zu  
80 digitalen Akten und Bereitstellungslösungen, muss weiter forciert werden. Durch die

81 Vermeidung von papierbasierten Lösungen können Kosten gespart und die Umwelt  
82 geschont werden. Kommunen fordern wir auf zu prüfen, ob besonders die Kommunikation  
83 zwischen Verwaltung und Gemeinderat durch Tablet-Lösungen vereinfacht werden kann -  
84 hierfür gibt es bereits Software-Lösungen die in vielen Gemeinden erfolgreich eingesetzt  
85 werden.

86 Die Möglichkeit, Wahlen in Zukunft auch digital durchzuführen, muss geprüft werden.  
87 Dabei hat die Sicherstellung eines störungs- und reibungslosen Ablauf oberste Priorität.  
88 Wenn der Ablauf nicht unter Einhaltung aller Wahlgrundsätze gewährleistet werden kann  
89 sprechen wir uns gegen jegliche Umsetzung aus.

90 Es gibt bereits verschiedene Projekte um Bibliotheken und Museen zu digitalisieren und  
91 somit die Informationen einer breiten Öffentlichkeit einfach zugänglich zu machen. Diese  
92 Projekte müssen deutlich schneller umgesetzt werden, besonders wenn die  
93 angesprochenen Bibliotheken und Museen in staatlicher Hand sind muss die  
94 Digitalisierung der Bestände absolut vorrangig sein. Zur Digitalisierung muss bereits jetzt  
95 begonnen werden staatliche Museen durch den Einsatz von Virtueller Realität erlebbar zu  
96 machen. Eine Museen und Bildungsapp sollte hierzu im Kultusministerium erarbeitet  
97 werden.

## 98 **Bildung**

99 Die Digitalisierung erfasst im Besonderen den Bildungssektor und bietet hier neue  
100 Möglichkeiten. Diese müssen früh erkannt, getestet und umgesetzt werden. Dabei dürfen  
101 allerdings Kernkompetenzen im klassischen Bildungsbereich nicht vernachlässigt werden.

102 Wir fordern, bereits früh und verstärkt Medienkompetenz um den Umgang mit digitalen  
103 Medien und Technik zu vermitteln. Hierzu bedarf es besonders bei den Lehrkräften eine  
104 konsequente Aus- und Weiterbildung. Nur wer die Technik und Abläufe der digitalen Welt  
105 versteht kann diese auch erklären und den sorgfältigen Umgang damit vermitteln.

106 Die Bildungspläne müssen im Hinblick auf die Wichtigkeit der Digitalisierung geändert  
107 werden. Wir fordern einen Aufbaukurs Informatik ab Klasse 7 an allen weiterführenden  
108 Schulen, sowie das Wahlfach Informatik an Realschulen, Haupt-, Werkreal- und  
109 Gemeinschaftsschulen. Auch an Gymnasien soll der Informatikunterricht besonders in  
110 inhaltlicher Sicht überarbeitet und fortentwickelt werden.

111 Wir fordern im Schulunterricht grundsätzlich Tablets einzusetzen. Verschiedene Studien  
112 belegen bereits, dass der konsequente Einsatz von digitalen Lerninhalten zu verbesserter  
113 Lernleistung führt. Tests, Arbeitsblätter etc. können digital schneller korrigiert und  
114 verarbeitet werden, Inhalte können interessanter und spielerischer vermittelt werden und  
115 ein interaktives Lernen wird ermöglicht. Trotz des konsequenten Einsatzes von diesen  
116 digitalen Medien dürfen essenzielle Lerninhalte, wie das Erlernen der Schrift sowie das  
117 Kommunizieren und Spielen mit- und untereinander, nicht vernachlässigt werden. Die  
118 Lehrkräfte müssen hier für eine ausgewogene Balance sorgen. Durch digitale

119 Lernplattformen können Papier und Kopierkosten eingespart werden und nicht zuletzt  
120 die Umwelt entlastet werden.

121 Digitale Lernplattformen wie ILIAS werden in der Hochschulbildung bereits sehr  
122 erfolgreich eingesetzt. Diese Plattformen können auch für die schulische Bildung  
123 gewinnbringend eingesetzt werden. Gerade im Bereich Hausaufgaben sowie E-Learning  
124 Angebote über den Unterrichtsstoff hinaus können Anreize zur Vertiefung des Lernstoffes  
125 auch zuhause liefern. Wir fordern deshalb eine landesweite Bildungsplattform sowie eine  
126 Beratungsstelle im Kultusministerium einzurichten, welche den Schulen bei der  
127 Umsetzung eigener digitaler Lernplattformen zur Seite steht und diese untereinander  
128 vernetzt. Ziel muss es sein, dass alle Schulen bis 2018 digitale Lernplattformen anbieten.

129 In der Erwachsenenbildung stellen digitale Seminarangebote eine neue und einfache Art  
130 dar, sich von Zuhause weiter zu bilden. Stiftungen setzen diese digitalen Bildungsangebote  
131 zum Teil schon erfolgreich um. Wir fordern, dieses Konzept auch auf der Ebene der  
132 Volkshochschulen oder der Landeszentrale für politische Bildung verstärkt umzusetzen  
133 und Online-Seminare anzubieten.

134 Virtuelle Realität wird in naher Zukunft schnell fortschreiten und bietet besonders in der  
135 Bildung enorme Potentiale. Durch VR können virtuelle Welten aber auch Fotos und Videos  
136 völlig neu erlebbar gemacht werden. Wir fordern VR besonders in abstrakteren Fächern  
137 gewinnbringend einzusetzen. So erlaubt VR einen echten Blick in die Geschichte, aber  
138 auch auf Monumente, Städte und die Natur auf der ganzen Welt. Wichtig ist hierbei jedoch  
139 der Bezug zur Realität. VR sollte deshalb erst bei medial vorgebildeten Schülern ab der  
140 7ten Klassen eingesetzt werden. VR ersetzt nicht das praktische erleben, sondern bietet  
141 besonders in der Lehrmethode eine illustrierende Ergänzung.

## 142 **Mobilität**

143 Der digitale Wandel verschärft nicht nur den Wettbewerb zwischen Unternehmen, es  
144 entsteht auch eine neue automobilwirtschaftliche Konkurrenz der Staaten und Kontinente.  
145 Dies birgt sowohl Chancen als auch Risiken für das Automobilland Deutschland. Aus dieser  
146 sprunghaften Weiterentwicklung der Mobilität begründet sich eine Verpflichtung der  
147 Landes- und Bundesregierung zur aktiven Mitgestaltung dieser Entwicklung in Form einer  
148 vorausschauenden Infrastrukturplanung und der Koordinierung einzelner Akteure von  
149 Automobilindustrie, Energieversorger und Automobilverbänden.

150 Elektrifizierung, Automatisierung und Vernetzung sind die wichtigsten Neuerungen. Der  
151 hieraus resultierende „Intelligente Verkehrsfluss“ bedeutet für die Allgemeinheit einen  
152 Beitrag zum Umweltschutz und der Bewahrung der Schöpfung sowie der Reduzierung von  
153 Verkehrsverstößen, sowie für das menschliche Individuum zudem Zeitersparnis durch eine  
154 Reduzierung von Staus und Parkplatzsuche sowie Kostenersparnis und Senkung des  
155 Unfallrisikos.

156 Wir fordern deshalb, die vernetzte Kommunikation der Fahrzeuge zu fördern, damit diese  
157 Daten zu Wetter, Stauprognose, Verkehrsunfällen und Parkmöglichkeiten zwecks

158 effizienter Auswertung austauschen können. Grundsätzlich müssen dabei private  
159 Finanzierungsmodelle verfolgt werden. Es darf höchstens zu einer öffentlichen  
160 Anschubfinanzierung kommen, die keine Fehlanreize setzen darf.

161 Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Daten anonymisiert versendet werden, damit  
162 nicht durch Speicherung von Bewegungsmustern in die Privatsphäre des Einzelnen  
163 eingegriffen werden kann. Wir lehnen eine Nutzung hieraus anfallender Daten für die  
164 Ahndung von Verkehrsverstößen ab. Die Nutzung zur Aufklärung von Kapitalstraftaten  
165 oder der Fahndung nach Schwerverbrechern zum Schutz der Allgemeinheit soll durch  
166 richterlichen Beschluss weiter möglich sein.

167 Wir fordern zur Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit eine zeitnahe Anpassung der StVO  
168 (Straßenverkehrsordnung), des StGB (Strafgesetzbuch), des StVG (Straßenverkehrsgesetz)  
169 und die Regelung neuartiger Haftungsfragen zum „Autonomen Fahren“ und dem  
170 „Intelligenten Verkehrsfluss“. Da in selbstfahrenden Autos keine Menschen, sondern  
171 Computer Aktionen steuern, ist im Vorfeld die Haftungsfrage bei auf fehlerhafter  
172 Kommunikation mit öffentlichen Ampeln und Sensoren basierenden Verkehrsverstößen  
173 oder Verkehrsunfällen zu regeln, um Schuldfragen besser klären zu können. Langfristig ist  
174 die Einrichtung von Schwerpunktgerichten oder Schwerpunktkammern „Verkehrsunfälle  
175 Autonomes Fahren“ sinnvoll, um die Einbeziehung technischen Spezialwissens in die  
176 juristischen Entscheidungen der zu erwartenden komplexen Sachverhalte zu erleichtern  
177 und zu beschleunigen.

178 Wir fordern eine vorausschauende Infrastrukturplanung. Der Bau zukünftiger Projekte wie  
179 Brücken und Tunnel sowie notwendigen Reparaturen bestehender Straßen muss derart  
180 erfolgen, dass moderne Technik – die Digitalisierung ist auf lange Zeit nicht abgeschlossen  
181 und wird sich immer weiter entwickeln – durch Module ohne großen Kostenaufwand  
182 nachgerüstet werden kann und die Infrastruktur somit jederzeit auf dem aktuellsten Stand  
183 bleibt. Weiter fordern wir die Erprobung neuer Formen von „Allgemeinen  
184 Verkehrskontrollen“ seitens der Polizei von Ländern und Bund, sowie die Optimierung des  
185 Einsatzes von Rettungskräften durch unmittelbare Einbindung in den „Intelligenten  
186 Verkehrsfluss“.

187 Die Kaufprämie für Elektroautos setzt falsche Anreize und verfehlt ihr Ziel, langfristig  
188 mehr Elektroautos auf die Straße zu bringen. Einen kurzfristigen, mit Steuergeldern  
189 finanzierten, Verkaufsschub von Elektroautos lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen, die  
190 Gelder gewinnbringender als Anreize zum Ausbau der Ladeinfrastruktur (z.B. an  
191 Tankstellen) sowie zur Steigerung der Forschung und Entwicklung im Bereich E-Mobilität  
192 und vernetzte Mobilität zu investieren.

193 Wir fordern den Schutz automobilen Kulturgutes und ein künftiges Nebeneinander  
194 verschiedener Mobilitätsformen. Die Verwendung von individuell gesteuerten Oldtimern  
195 und autonomen PKW muss in einer modernen Verkehrsinfrastruktur kompatibel bleiben.  
196 Ebenso soll hierbei die Entwicklung unterschiedlicher Antriebsformen (Elektromobilität,  
197 Wasserstoff) gefördert werden, um das Risiko der deutschen Automobilhersteller zu  
198 reduzieren, dass sich eine Antriebsform nicht durchsetzen könnte

199 Wir fordern die Einsetzung einer Expertenkommission auf Bundesebene zur Klärung der  
200 wichtigen Frage, ob autonomes Fahren nur mit "Führerschein" möglich sein soll oder  
201 Passagiere lediglich als "Mitfahrer" gelten. Grundsätzlich dient die Möglichkeit des  
202 individuellen Eingreifens eines Menschen in die PKW-Steuerung besonders bei  
203 technischem Versagen der Verkehrssicherheit. (Analog zum Flugzeugcockpit.)  
204 Andererseits könnte eine Nutzung selbstfahrender Autos gerade die individuelle Mobilität  
205 älterer Menschen im ländlichen Raum stark erhöhen und hiermit ebenfalls der  
206 Verkehrssicherheit dienen.

207 Auch der ÖPNV muss für die digitalen Herausforderungen nachgerüstet werden. Wir  
208 fordern daher als Minimalziel, durchgehenden Mobilfunk- und LTE-Empfang auf den Nah-  
209 und Fernverkehrsstrecken in Südbaden sicherzustellen. Darüber hinaus fordert die JU  
210 Südbaden, bis 2020 flächendeckend gebührenfreies WLAN im öffentlichen Nahverkehr in  
211 Südbaden bereitzustellen. Die Landesregierung und die Landkreise werden daher  
212 aufgefordert, ihre Ausschreibungskriterien für den ÖPNV entsprechend anzupassen.

### 213 **Wirtschaft und Start-Ups**

214 Die Digitalisierung bietet völlig neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Bereits heute zählen  
215 Softwareunternehmen und Soziale Netzwerke zu den zentralen Akteuren in der globalen  
216 Wirtschaft. Europa kann sich in diesem Bereich bisher bei weitem nicht mit der  
217 amerikanischen und zunehmenden asiatischen Marktdominanz messen. In Europa ist  
218 jedoch noch immer eine starke Industrieproduktion beheimatet. Diese Produktion muss an  
219 neuen Digitalisierungstechnologien partizipieren. Hierfür müssen die europäischen  
220 Unternehmen jedoch die Chancen der Digitalisierung ergreifen. Wir fordern deshalb im  
221 Wirtschaftsministerium eine Beratungsstelle Wirtschaft & Industrie einzurichten. Diese  
222 Stelle soll Anlaufstation aber auch Impulsgeber für Digitalisierungslösungen für klein- und  
223 mittelständische Unternehmen, aber auch für Großunternehmen, sein und die Wissens-  
224 und Erfahrungsteilung zwischen den Unternehmen befördern.

225 Die Digitalisierung wird besonders im Bereich der Industrie einen neuen  
226 Automatisierungsschub mitbringen. Dies ermöglicht es Unternehmen ihre Produktionen  
227 vollautomatisiert in Europa zu errichten statt, wie in den letzten Jahren, auf  
228 Produktionsstandorte im asiatischen Raum zu setzen. Diese neue Automatisierung wird  
229 nicht ohne Wegfall von Arbeitsplätzen ablaufen, bietet jedoch für uns die Chance die  
230 Stärke Europas, die klassische Industrieproduktion, mit den digitalen Entwicklungen zu  
231 verbinden. Dadurch werden wiederum Arbeitsplätze in der Technik und Wartung  
232 geschaffen. Diesen Strukturwandel gilt es politisch nicht zu verhindern, sondern  
233 sozialverträglich und zukunftsgerichtet in Angriff zu nehmen. Wir unterstützen deshalb das  
234 Anliegen Smart Factorys in Europa anzusiedeln und zu fördern. Besonders im Bereich  
235 Robotik und Automatisierung, sowie im Bereich 3D-Druck sollen verstärkt Fördermittel  
236 und Forschungs Kooperationen für Forschungsprojekte zu Verfügung gestellt werden.

237 Der globale Wirtschaftskreislauf wird ganz besonders durch die fortschreitende  
238 Digitalisierung verändert. Dies schafft auch die Notwendigkeit neue  
239 Regelungsmechanismen und Ordnungspolitiken auch im digitalen Wettbewerb

240 festzulegen. In den klassischen Wirtschaftsbereichen werden seit Jahrzehnten erfolgreich  
241 Ordnungsmechanismen angewandt, diese müssen intelligent für den digitalen  
242 Wettbewerb übertragen werden.

243 Die Videospieleindustrie ist mittlerweile umsatzstärker als die Filmindustrie. Wir  
244 betrachten Videospiele als wichtiges Wirtschafts- und Kulturgut. Besonders inhaltlich  
245 hochwertige Videospiele verdienen Anerkennung, wir unterstützen deshalb die Verleihung  
246 des deutschen Videospieelpreis und sprechen uns gegen die pauschale Verurteilung von  
247 Videospiele als Killerspiele aus. Das System der USK bietet eine gute Schutz- und  
248 Kontrollmöglichkeit die jedoch auch strikt angewendet werden muss.

249 Wir möchten Ideen und nicht nur Abschlüsse fördern und fordern deshalb das  
250 Gründerstipendium für alle. Es gibt zahlreiche Förderangebote in Deutschland wie den  
251 Gründungszuschuss für Arbeitssuchende oder die EXIST-Stipendien für Akademiker. Diese  
252 Förderangebote haben in der Praxis gemeinsam, dass sie mit strengen  
253 Zugangsvoraussetzungen belegt und an bürokratischem Aufwand kaum zu überbieten  
254 sind. Viele der erfolgreichsten Unternehmensgründer der Welt, wie Bill Gates, Steve Jobs,  
255 Richard Branson und auch Mark Zuckerberg haben eines gemeinsam: Sie haben ihr  
256 Studium abgebrochen. Für eine erfolgreiche Gründung ist ein Hochschulabschluss keine  
257 zwingende Voraussetzung. Wir fordern deshalb eine zusätzliche Gründungsförderung  
258 unabhängig vom Studienabschluss. Deshalb schlagen wir vor, auch Nicht-Akademikern die  
259 Mitwirkung und Förderung in EXIST-Teams zu ermöglichen. Doch 1000 EXIST-Förderungen  
260 in 5 Jahren sind zu wenig. Ein Deutschlandgründerstipendium mit niederschweligen  
261 Hürden – zur Hälfte öffentlich, zur Hälfte privat finanziert – schließt diese Lücke im  
262 Förderangebot und schafft Gründern die Basis, ihre Gründung in den ersten Monaten  
263 erfolgreich an den Start zu bringen. Gründer müssen im Rahmen entsprechender  
264 Förderprogramme vor ausufernder Bürokratie geschützt werden. Im Fall von EXIST-  
265 Stipendium beispielsweise durch die Einrichtung einer zentralen und spezialisierten  
266 Abrechnungsstelle für Sachmittelabrechnungen. Zudem ist es wichtig, die Gründer durch  
267 regionale Kompetenz in den Wirtschaftsförderungen zu beraten und gezielt aus  
268 potentiellen Förderungen anzusprechen und vorzubereiten.

269 Wie das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI im Auftrag der  
270 Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages  
271 aktuell ermittelte, nimmt Deutschland in der Gesamtbetrachtung der rechtlichen und  
272 steuerlichen Rahmenbedingungen für Venture Capital Deutschland den letzten Rang  
273 innerhalb der EU ein. Insbesondere stellt das Gutachten fest, dass Deutschland als  
274 Fondsstandort nur eine geringe Attraktivität aufweist, weshalb Fonds häufig ihren Sitz in  
275 anderen europäischen oder außereuropäischen Staaten haben. Wir fordern: Deutschland  
276 benötigt ein eigenständiges und international wettbewerbsfähiges Regelwerk für den  
277 gesamten Bereich des privaten Beteiligungskapitals. Die Umsetzung der AIFMD (EU  
278 Richtlinie zur Regulierung des Private Equity und Venture Capital Marktes) ist eine  
279 Chance, um ein solches Regelwerk zu schaffen. Eine dauerhafte Erhaltung des §8b KStG ist  
280 für mehr Rechtssicherheit und Planbarkeit ist dringend notwendig. Die zu restriktive  
281 Regelung zur Nutzung des Verlustvortrags bei Beteiligungen gerade an Startups muss



282 gelockert werden. Die grundsätzliche Umsatzsteuerpflicht von Management-Fees stellt  
283 eine in Europa einmalige Diskriminierung des Standorts für deutsche Fonds dar. Auch  
284 sollen wertmindernde Klauseln bei der Ermittlung des Unternehmenswertes berücksichtigt  
285 werden. Liquidationspräferenzen, Verwässerungsschutz, Mitspracherechte von Investoren  
286 etc. haben, ceteris paribus, einen wertmindernden Effekt. Dies muss auch steuerlich bei  
287 der Unternehmensbewertung berücksichtigt werden.

## 288 **Gesellschaft, Recht und Sicherheit**

289 Das Internet kann und darf keinen rechtsfreien Raum darstellen. Da allerdings das Internet  
290 nicht an den Ländergrenzen halt macht, ist es notwendig europäische Lösungen im  
291 Umgang mit Regelungen im World Wide Web zu finden. Rechtlich fordern wir besonders  
292 im Bereich des Urheberrechts und der Netzneutralität klare Regelungen zu finden.

293 Das Internet bietet jeher auch die Möglichkeit zur Kriminalität. Besonders die schwierige  
294 Zuordnung solcher Delikte stellen Sicherheitsbehörden vor Probleme. Aber auch  
295 Terrorismusabwehr und Datenschutz müssen in der digitalen Welt sichergestellt werden.  
296 Wir unterstützen deshalb die Initiative des Innenministeriums, 300 neue Stellen bei der  
297 Polizei zu schaffen, die sich explizit mit Cyberkriminalität beschäftigen. Die Kooperation  
298 von europäischen und internationalen Sicherheitsbehörden muss besonders in der  
299 digitalen Welt weiter intensiviert werden. Bei diesen Diskussionen muss allerdings auch  
300 der Datenschutz eine maßgebliche Rolle spielen.

301 Letztendlich müssen jedoch auch für die Digitalisierung verantwortungsvolle und ethische  
302 Grenzen gelten. Mit den wachsenden Möglichkeiten der Digitalisierung muss auch eine  
303 Auseinandersetzung besonders mit ethischen Fragen und Grenzen erfolgen. Die Vision  
304 eine künstliche Intelligenz zu erschaffen, welche intelligenter ist als der menschliche  
305 Verstand, Gedanken zu lesen oder sogar zu verändern sind keine Szenen aus einem Sci-Fi  
306 Film sondern könnten bereits in wenigen Jahren Realität werden. Wir sprechen uns  
307 deutlich gegen diese Entwicklungen aus. Kommunikation, das menschliche und  
308 gegenseitige Erleben, das Erleben der eigenen Umwelt und der Natur können und dürfen  
309 nicht durch eine digitale Realität ersetzt werden. Der Umgang mit der Digitalisierung muss  
310 immer verantwortlich geschehen. Wir fordern solche Fragen prioritär in der  
311 Ethikkommission auf Bundesebene zu thematisieren und Entwürfe für bindende  
312 Richtlinien in Wirtschaft und Forschung zu erarbeiten. Auf europäischer Ebene muss ein  
313 ähnlicher Diskussionsprozess angestoßen werden.